

21.06.2011

## Antrag

**der Fraktion der SPD,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion DIE LINKE**

### **Europäische Finanztransaktionssteuer einführen**

#### **I.**

Die Folgen der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit 80 Jahren sowie die horrende Verschuldungsproblematik einzelner EU-Mitgliedstaaten bereiten den Regierungen in der Europäischen Union große Sorge. Durch sie ist nunmehr deutlich geworden, dass zum Krisenmanagement der Regierungen die Suche nach Instrumenten zur Eindämmung der Krise und ihrer Folgen gehört. Eines dieser Instrumente ist die Einführung einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer.

Gegenwärtig sind Umsätze mit Finanzprodukten wie Aktien, Derivaten oder Optionen in den meisten Ländern der Europäischen Union ganz steuerfrei. Obwohl diese Umsätze eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung haben, leisten sie keinen Finanzierungsbeitrag zu öffentlichen Aufgaben.

Diese Ausnahme ist nicht gerecht, denn von der Steuerbefreiung profitieren insbesondere Menschen mit hohen Kapitalumsätzen und hohen Einkommen sowie wenige Finanzplätze und die dortigen Beschäftigten. Gerade die Finanzmarktakteure und -akteurinnen haben in der Wirtschafts- und Finanzkrise jedoch von umfangreichen Rettungsmaßnahmen des Staates profitiert.

Unbeschadet der Bedeutung der Kapitalverkehrsfreiheit als einem der Grundpfeiler des EU-Rechts ist es somit ein Gebot der Gerechtigkeit Finanztransaktionen, wie andere Produkte und Dienstleistungen auch, mit einer Umsatzsteuer zu belegen. Deshalb braucht es eine Finanztransaktionssteuer. Dadurch würden die Finanzmarktakteurinnen und -akteure nicht zuletzt auch an der Finanzierung der von ihnen selbst wesentlich mit verursachten Kosten zur Krisenbewältigung beteiligt. Unternehmen außerhalb des Finanzsektors sowie private Konsumenten und Konsumentinnen werden dagegen nicht nennenswert belastet.

Die Finanztransaktionssteuer leistet auch einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Finanzmärkte insgesamt. Denn bei der Idee einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer geht es nicht nur um ihre steuerlichen, sondern insbesondere auch um ihre steuernden Aspekte. Spekulationen können mit der Einführung dieser Steuer zurückgedrängt werden. Im

Datum des Originals: 21.06.2011/Ausgegeben: 21.06.2011

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Ergebnis wirkt die Finanztransaktionssteuer insbesondere sehr kurzfristigen und rein spekulativen Transaktionen entgegen.

Umfragen und Kampagnen in zahlreichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zeigen, dass die Bevölkerungen mehrheitlich für eine entsprechende Steuer sind. Zuletzt hat sich das Europäische Parlament Anfang März 2011 fraktionsübergreifend mit großer Mehrheit für die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer ausgesprochen. Mit der Verabschiedung eines Initiativberichts wurde die Europäische Kommission aufgefordert, eine entsprechende Gesetzesvorlage schnellstmöglich zu erarbeiten. Vorgesehen ist, zukünftig spekulative Transaktionen wie Termingeschäfte, Aktienkäufe und den Handel mit ausländischen Währungen mit 0,05 Prozent zu besteuern.

Die Bundesregierung in Person von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble haben sich, ebenso wie der Französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy und Wirtschafts- und Finanzministerin Christine Lagarde, in der Vergangenheit wiederholt öffentlich auf europäischer und internationaler Ebene für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ausgesprochen. Leider haben diese Bekundungen bisher nicht zu einem Erfolg geführt.

Angesichts globalisierter Finanzmärkte wäre eine weltweit erhobene Steuer auf sämtliche Finanztransaktionen wünschenswert und der beste Weg. Solange diesbezüglich kein internationaler Konsens erzielt werden kann, bietet sich allerdings die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer innerhalb der Europäischen Union, innerhalb der Euro-Zone oder in einem Zusammenschluss mehrerer Einzelstaaten an.

## **II. Der Landtag stellt fest:**

- Das Votum des Europäischen Parlaments zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer ist zu begrüßen. Es zeigt, dass sich die Volksvertreter und Volksvertreterinnen in der wichtigsten Institution der Europäischen Union europaweit und fraktionsübergreifend einig sind.
- Die Ankündigung der Bundesregierung, sich gemeinsam mit der französischen Regierung für die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer einzusetzen, ist zu begrüßen. Mit Frankreich und Deutschland treten zwei der gewichtigsten Stimmen in der Europäischen Union für dieses Anliegen ein.
- Die Bemühungen der Fraktionen im Deutschen Bundestag dieses Anliegen voran zu bringen sind zu begrüßen. Dies zeigt, dass die Einführung der europäischen Finanztransaktionssteuer nicht nur europaweit und fraktionsübergreifend, sondern auch auf allen politischen Ebenen gewollt ist.

## **III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:**

- sich für die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer einzusetzen und dem Landtag dazu fortlaufend zu berichten. Eine solche europäische Finanztransaktionssteuer soll insbesondere

- eine breite Bemessungsgrundlage haben, die alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten sowie Devisengeschäfte umfasst;
- mit einem Steuersatz in Höhe von etwa 0,05 % erhoben werden;
- dazu dienen über den Bundeshaushalt die Länder- und die kommunalen Haushalte finanziell zu entlasten sowie zusätzliche Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und den (internationalen) Klimaschutz bereitzustellen.

Norbert Römer  
Britta Altenkamp  
Renate Maria Hendricks  
Markus Töns  
Martin Börschel

und Fraktion

Reiner Priggen  
Sigrid Beer  
Stefan Engstfeld  
Mehrddad Mostofizadeh

und Fraktion

Wolfgang Zimmermann  
Özlem Alev Demirel  
Bärbel Beuermann  
Rüdiger Sagel

und Fraktion